

- ☐☐ **Indirekter Bankrun: Neue Kreditklemme droht**

"[...] Immer mehr Forderungen der Banken werden uneinbringlich. Weder Unternehmen noch solventere Banken wollen den angeschlagenen Finanzinstituten ihr Geld anvertrauen. Das reißt Milliardenlöcher in die Bankbilanzen bei europäischen & US-Banken. Die betroffenen Institute sind vom Untergang bedroht & verleihen kein Geld mehr. Geld, das in der Folge auf dem Kreditweg der Realwirtschaft fehlt. Ob in Europa oder den USA, das Szenario einer erneuten Rezession scheint perfekt."

Der ganze Artikel auf [bazonline: Der Sturm auf die Banken beginnt](#)

- ☐☐ **Finanzkrise – Weg in die Diktatur?**

"[...] In den letzten Wochen entwickelte sich ein institutioneller Bank Run. Nicht Massen standen auf den Straßen, um ihre Einlagen zu retten; aber Siemens, Lloyds und chinesische Staatsbanken zogen Milliarden aus den europäischen Banken ab, zuvorderst aus den angeschlagenen großen drei in Frankreich, BNP Paribas, Societe Generale und Credit Agricole. [...]

Auf europäischer Ebene gibt es nur einen scheinbaren Parlamentarismus. Tatsächlich hat die Kommission eine Verfügungsgewalt, der keinerlei echte Kontrolle gegenübersteht. Eine schnelle Angleichung der Steuersysteme (und wir reden hier von Wochen, nicht von Jahren) wie der gesamten Wirtschaftspolitik wäre aber gar nicht anders möglich als über eine ungezügelte Exekutive, die über diktatorische Eingriffsmöglichkeiten in die betroffenen Länder verfügt.

Schröders Äußerung hat sichtbar werden lassen, dass solche Überlegungen tatsächlich angestellt werden. Erreicht werden könnte dieses Ziel inmitten eines wirtschaftlichen Zusammenbruchs über eine Welle von Ermächtigungsgesetzen, in denen die einzelnen Parlamente ihre Entscheidungsrechte preisgeben und die Macht an die Kommission oder womöglich einen noch erleseneren Zirkel übertragen. [...]"

Der ganze Artikel auf [scharf-links: Die Stille davor](#)

-

□ □ Soziale Proteste

"[...] Trotzdem ist unübersehbar, dass es sowohl in Spanien wie in Israel – und man könnte weitere Länder im Aufruhr hinzunehmen – um wesentlich mehr geht: um mehr Teilhabe, weit über das rein Wirtschaftliche hinaus. Es ist wohl kaum vermessen, in beiden Ländern von demokratischen Erneuerungsbewegungen zu sprechen. [...] Die Menschen in Spanien wie Israel fühlen sich von den Politikern und den Parteien im

Stich gelassen – und vom Amok laufenden Neoliberalismus in ihrer Lebensgrundlage bedroht. In geradezu blinder Gefolgschaft fahren die Regierenden die staatlichen Dienstleistungen zurück und veräussern die öffentlichen Güter. Das Gemeinwesen wird ausgehungert und das Private, der Eigennutz gestärkt. [...]"

Der ganze Text auf [Echte Demokratie](#)
[Jetzt: Verschwenderische Solidarität](#)
[in Spanien und Israel](#)

- □ □ **Leistungsloses (Grund-)Einkommen**

"[...] Wenn Ihnen also künftig ein Politiker erklären will, dass es nur Geld für Leistung gibt und Einkommen an Produktivität gekoppelt werden muss, dann weisen Sie ihn auf die Praxis der Entlohnung unserer Parlamentarier hin. Und vergessen Sie nicht, auf die automatischen

Diätenerhöhungen hinzuweisen, die in allen Parlamenten der Bundesrepublik üblich sind, wenn jemand Mindestlöhne von 6,50 Euro für ausreichend hält. [...]"

Der ganze Artikel auf [FAKTuell: In Deutschland gibt es das Bedingungslose Grundeinkommen](#)

- Lesetipp: [Der Lohnkult - Das Dogma von Arbeit und Einkommen](#)

- □ □

Eingliederungsvereinbarung zur Wiederherstellung der

Grundrechte in Deutschland

Ralph Boes, Philosoph, Autor,
Dozent für Geistesschulung,
sowie Vorstandsmitglied der

[Bürgerinitiative](#)

[bedingungsloses](#)

[Grundeinkommen Berlin](#)

, versucht derzeit das in jeder

Weise grundgesetzwidrige Sanktionssystem in Hartz IV über eine Verfassungsbeschwerde in Karlsruhe zu stoppen. Hierzu hat er begonnen, den dafür notwendigen Präzedenzfall zu schaffen, indem er sich als Hartz IV-Empfänger selbst offen in die Schusslinie aller Sanktionen stellt. Zuletzt hat er eine Eingliederungsvereinbarung erarbeitet und bei dem für ihn

zuständigen Jobcenter in Berlin eingereicht. Diese ist auch als Muster-EGV veröffentlicht, und kann von Hartz IV-Empfängern dementsprechend gänzlich oder teilweise für eigene Auseinandersetzungen mit den jeweiligen Jobcentern genutzt werden. Dabei muss aber damit gerechnet werden, mit dieser EGV nicht anerkannt und ggf. schikaniert und sanktioniert zu werden.

- Die
Eingliederungsvereinbarung
als PDF-Datei

- Zur Aktion von Ralph
Boes: Brandbrief und
Eingliederungsvereinbarung
– Die Würde des Menschen
ist unantastbar

- □ □ Landtagswahlen in Berlin:

Nach dem vorläufigen
amtlichen Endergebnis
der Wahlen zum
Abgeordnetenhaus in
Berlin wird bei den

Zweitstimmen die SPD mit 28,3 Prozent die stärkste Fraktion. Dahinter liegen die CDU mit 23,4 Prozent, die Grünen mit 17,6 Prozent und die Linke mit 11,7 Prozent. Die Piraten ziehen mit 8,9 Prozent erstmals in einen Landtag ein. Die FDP fliegt dagegen mit 1,8 Prozent hochkant aus

dem Abgeordnetenhaus.
Die Wahlbeteiligung lag
bei 60,2 Prozent, wobei
von den 1.486.616
Wählern letztlich
1.483.959, also 60,1
Prozent der
Wahlberechtigten ihre
Stimmen abgeben
konnten.

In einigen Wahlbezirken hatten sich kurz vor Wahlende um 18 Uhr noch zahlreiche Menschen vor den Wahllokalen versammelt, konnten aber ihre Stimmen aufgrund der Schließung der Wahllokale nicht mehr abgeben. Auf die insgesamt 2.469.702

Wahlberechtigten
kommen 985.743 bzw.
39,9 Prozent
Nichtwähler.
Berücksichtigt man das
gesamte Wahlverhalten,
also auch die
Nichtwähler, so stellen
diese erneut die größte
Fraktion. Zieht man auch
die ungültig
abstimmenden Wähler

hinzu, stellen die
Nichtwähler insgesamt
40,9 Prozent der
Wahlberechtigten.

Berücksichtigt man
zusätzlich auch noch
die Stimmen der
Piraten, die nach
offiziellen

Verlautbarungen oft nur aus Protest gewählt worden sein sollen, dann stellt die Fraktion der Nicht- und Protestwähler, die dem Parteienstaat und dessen etablierten, konventionellen Parteien und dessen Inhalten eine klare

Absage erteilen, 46,1 Prozent. Die absolute Mehrheit wird damit knapp verfehlt, aber eine deutliche Mehrheit nichtsdestotrotz erreicht. Zum Vergleich erhalten die anderen Parteien demgegenüber lediglich folgende

Stimmenanteile: Die SPD erhält 16,7 Prozent, die CDU 13,8 Prozent, die Grünen 10,4 Prozent und die Linke 6,9 Prozent. Die FDP erhält 1,1 Prozent, die Piraten allein kommen auf 5,3 Prozent. Die sonstigen Parteien erreichen 4,9

Prozent.

- **Große**
Demonstration in

New York – Massenmedien schweigen

**"Unter dem Motto
"Occupy Wall Street"
gehen aktuell**

Tausende Menschen
in New York auf die
Straße. Laut
AlJazeera (ja, die
einschlägigen
Massenmedien
scheinen sich über
das Thema
auszuschweigen)
demonstrieren die

Leute im New Yorker
Finanzviertel gegen
die “Dominanz des
Finanzsystems im
Land”. Was als
Online-Kampagne
begann, zog am
gestrigen Samstag
20.000 friedliche
Demonstranten zur

Wall Street, wo
Barrikaden und Lager
errichtet wurden. [...]"

Der ganze Bericht auf
[Freies in Wort und](#)
[Schrift: Tausende](#)
[besetzen Wall Street](#)

Über Twitter wurde
zudem gemeldet,
dass der Polizeifunk
der New Yorker
Polizei NYPD
mitgehört worden
sein soll. Berichtet
wurde, dass die
Polizisten die
Anweisung erhalten

hätten, Medien von
der Demonstration
fernzuhalten.

Tatsächlich
verschweigen
sämtliche

Massenmedien in
einer offenbar
konzertierten Aktion
die Massenproteste

im - wenn man so
will - „Herzen des
Finanzkapitalismus“
vollständig.
Gesprochen wird
dabei von einem
□ "national media
blackout". Tatsächlich
scheint aber der
gesamte

westlich-abendländisc
he Kulturkreis

betroffen zu sein. Hier
geht's zur Website

der Aktion ["Occupy
Wall Street"](#)

und zum Livestream

[„globalrevolution“](#)

▪

- □ □ **Wahlen in Berlin**

Nach ersten
Prognosen zu den
Wahlen zum
Abgeordnetenhaus

in Berlin schaffen
die Piraten wie
erwartet deutlich
den Einzug in das
Landesparlament.
Erste
Hochrechnungen
sagen ein
Wahlergebnis

zwischen acht und
neun Prozent
voraus. Die Piraten
ziehen damit
erstmal in ein
Landesparlament
ein. Die FDP erlebt
dagegen ein
weiteres Debakel

und fliegt mit
möglicherweise
nicht einmal 2
Prozent hochkant
aus dem
Abgeordnetenhaus.
Auch die
Sozialdemokraten
verlieren leicht,

werden aber mit
etwas über 29
Prozent erneut
stärkste Fraktion.
Dahinter kommen
laut ersten
Hochrechnungen
die CDU mit etwas
über 23 Prozent, die

Grünen mit rund 18
Prozent und die
Linke zwischen elf
und zwölf Prozent.

Die bisherige
rot-rote Koalition
aus SPD und

Linken verliert damit ihre Mehrheit. Die Wahlbeteiligung ist nach der ersten Prognose womöglich ebenfalls leicht angestiegen. Sie soll bei rund 59 Prozent und damit

um einen
Prozentpunkt höher
als bei den letzten
Wahlen 2006
gelegen haben. Das
Ansteigen könnte
auf das gute
Abschneiden der
Piraten zurück zu

führen sein, die
Nichtwähler
mobilisiert haben
könnten. Andere
Prognosen vor
18.00 sagten
dagegen zunächst
noch eine geringere
Wahlbeteiligung

voraus.

- □ □ **Lesetipp:**

Demokratie und

Wahlen

- □ □ **Lesetipp:**

Selbstentmündig

ung durch

Wahlen

- □ □ **Lesetipp:**

Ungültiges Wahlrecht in Deutschland: Staatskrise oder Chance?

- **Nicht
Wählen, sondern
Nichtwählen ist
demokratisch**

"[...] Man kann
solange man will
auf Extremisten,
die letztendlich
auch nur eine
Randgruppe unter
vielen sind,
herumhacken,
unsere Freiheit ist

vom Status quo
weit mehr
gefährdet, als von
diesen meist eher
schlecht
gebildeten
Bevölkerungskreis
en. Und wer
verteidigt den

Status quo?
Richtig, du, der
Wähler!

Denn Wählen
heißt, einem
politischen System

die Legitimation zu erteilen, weiterhin in absolut skrupel- und verantwortungslos er Art und Weise über unser aller Schicksal zu richten. Wählen

heißt überforderte
Parlamentarier
dafür zu benennen
eine mutmaßlich
höchst korrupte
Regierung zu
„kontrollieren“, was
alleine schon
dadurch ad

absurdum geführt
wird, dass die
parlamentarische
Legislative zu
weiten Teilen
längst mit der
Exekutive
verschmolzen ist.
[...]"

Der ganze Text
auf "LeBohémien:
Ich bin
Nichtwähler"

Geschrieben von: Baraka

Samstag, den 24. September 2011 um 11:14 Uhr

{jcomments on}